

Editorial

Liebe Leser*innen, in nie dagewesener Dringlichkeit hat die Corona-Pandemie die Stärken und Potenziale, aber auch die Unzulänglichkeiten und Herausforderungen des Gesundheits- und Pflegewesens in Deutschland aufgezeigt. Während Personal-mangel, unzureichende materielle Ausstattung, schlechte Bezahlung und ungenügende Arbeitsbedingungen breite öffentliche Aufmerksamkeit erfuhren, verschwanden andere zutage getretene Probleme schnell wieder aus den Medien. Dass die gesundheitliche und medizinische Versorgung in Deutschland nicht für alle gleich gut ist, sich die gesundheitlichen Risiken aber zugleich extrem ungleich verteilen, ist keine neue Erkenntnis, wurde aber in der Pandemie einmal mehr sichtbar. Neben sozialen Ungleichgewichten kommen dabei in der Migrationsgesellschaft Diskriminierungstatbestände beziehungsweise fehlendes Wissen um oder Bewusstsein für unterschiedliche Bedarfe und Erwartungen an Gesundheitsversorgung zum Tragen.

Der Beitrag von *Tuğba Aksakal, Yüce Yılmaz-Aslan, Maria Mader, Fabian Erdsiek, Dennis Padberg, Kübra Annaç, Oliver Razum und Patrick Brzoska* setzt an der Vielfalt von Bedürfnissen und Erwartungen von Menschen mit unterschiedlichen Diversitätsmerkmalen gegenüber der Gesundheitsversorgung an. Die Autor*innen berichten von einem Projekt, in dessen Rahmen eine Handreichung zur stärkeren Berücksichtigung von Diversität im Gesundheitswesen entwickelt wurde.

Um Ungleichheitsphänomenen wirkungsvoll begegnen zu können, wäre umfassendes Wissen auf einer breiten Datenbasis notwendig, die bislang jedoch nicht existiert, wie *Andrea Riecken und Lara-Lee Terkowski* in ihrem Beitrag feststellen. Dies gilt umso mehr für Daten, die Gesundheit nicht schlicht mit „Herkunft“ verknüpfen. Mit dem Ziel der Formulierung phasenspezifischer und gesundheitsbezogener Aufgaben für die Soziale Arbeit haben die Autorinnen ein Phasenmodell entwickelt, das sie in ihrem Beitrag vorstellen.

Manuel Armbruster, Thomas Heser und Sinje Vogel zeigen auf, wie durch die besonderen Herausforderungen der Pandemie bestehende Schwierigkeiten und Mängel hinsichtlich Unterbringung, Gesundheitsversorgung, Gewaltschutz und Teilhabemöglichkeiten von in Aufnahmeeinrichtungen und Sammelunterkünften untergebrachten Geflüchteten zutage traten. Sie fordern bundesweit einheitliche und verbindliche Mindeststandards von menschenwürdigen, schützenden und fördernden Rahmenbedingungen der Unterbringung.

Formen des „legalisierten Othering“ in der Gesundheitsversorgung können *Martha Engelhardt, Mathilde Gaudion, Jasmin Kamhiye, Razan Al Munjid und Theda Borde* in ihrer Studie nachweisen. Sie zeigen, dass Verzögerungen und Probleme bei der Ausstellung von Geburtsurkunden für neugeborene Kinder geflüchteter Mütter die Regel sind und weitreichende Folgen für die Kinder, ihre Mütter und die ganze Familie haben.

Dass es auch für Menschen mit „geringer Literalität“ ungleich schwerer ist, Kompetenzen und Zugänge in Fragen der eigenen Gesunderhaltung und Krankheitsbewältigung zu erwerben, bildet den Ausgangspunkt des Beitrags von *Merle Heyrock, Ayça Polat und Britta Thege*. Sie verdeutlichen, dass bei „geringer Literalität“ oder „fehlenden Deutschkenntnissen“ nicht nur der Zugang zu notwendigem Wissen erschwert ist, sondern auch ein direkter Abschluss von notwendigen Angeboten der Gesundheitsversorgung stattfindet.

Andrea Hniopek und Rolf Jordan konstatieren, dass der Anteil von Menschen aus anderen EU-Ländern, die in prekären Arbeitsverhältnissen in Deutschland leben, zunimmt und dabei immer mehr Menschen von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Die medizinische Versorgung dieser Menschen stellt sich als besonders herausfordernd dar, beruht häufig auf großem ehrenamtlichem Engagement und ist eine Anforderung an die Soziale Arbeit, die Defizite des Hilfesystems kontinuierlich aufzuzeigen und gegenüber lokaler Politik zu artikulieren.

Der Lebensrealität von Menschen, die regelmäßig zwischen Herkunfts- und Zielland pendeln, gilt die Aufmerksamkeit des Beitrags von *Hürrem Tezcan-Güntekin, Ilknur Özer-Erdogdu und Nurcan Akbulut*. Insbesondere im Rentenalter ergeben sich Möglichkeiten für einen solchen transnationalen Lebensstil, der jedoch hinsichtlich der Gesundheitsversorgung mit Herausforderungen verbunden sein kann. Nach einer systematischen Literaturrecherche ziehen sie Schlussfolgerungen für eine diversitätssensible Soziale Arbeit.

Über die Anfänge des Projekts „Gemeinsam für ein gesundes Leben: Gesundheitsförderung mit und für Menschen mit Migrationshintergrund im Quartier“ berichten *Min-Sung Kim, Christopher Kofahl, Lisa Marcella Schmidt, Luca Torzilli, Nina Krause und Demet Dingoyan*. Ziel ist es, gesundheitsförderliche Strukturen zu etablieren, an deren Entwicklung die Adressat*innen selbst aktiv beteiligt sind und die die jeweiligen lebensweltlichen Ausgangsbedingungen an den unterschiedlichen Projektstandorten berücksichtigen.

Der Themenschwerpunkt schließt mit einem Beitrag von *Ronald Lutz*, der anhand vorliegender empirischer Ergebnisse verdeutlicht, wie die Pandemie soziale Ungleichheiten verschärft hat, weil besonders Menschen in prekären Lebenslagen sowie Kinder und Jugendliche dem Virus in exponierter Weise ausgesetzt waren, sie andererseits besonders stark die Einschränkungen zugunsten des Infektionsschut-

zes spürten. Der Autor plädiert unter anderem deshalb für eine Radikalisierung der Sozialen Arbeit.

Laura Feith Gonzáles geht der Frage nach, auf welche Voraussetzungen und Umsetzungsformen eine muslimisch motivierte Wohlfahrtspflege bei ihren Etablierungsbestrebungen trifft. Sie umreißt strukturelle, organisatorische und praktische Entwicklungserfordernisse für eine dem Anspruch gerechter werdende Landschaft der Wohlfahrtspflege in Deutschland.

Eine kritische Auseinandersetzung mit der DITIB Jugendstudie 2021“ (Behr/Kulaçatan) regen *Sarah Demmrich, Özkan Ezli und Evelyn Bokler-Völkel* an. Für eine Diskussion der zentralen Erkenntnisse der Studie sowie der Grenzen ihrer Aussagekraft in methodischer, methodologischer, theoretischer und politischer Hinsicht bietet der Beitrag zahlreiche Anknüpfungspunkte.

Das Heft schließt mit einer Biografie von Neuerscheinungen.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit ausdrücklich und herzlich Anke Strube danken. Sie hat durch ihre Redaktionsarbeit die Zeitschrift „Migration und Soziale Arbeit“ in den letzten Jahren wesentlich geprägt. Auch dieses Heft ist noch zu großen Teilen von ihr geplant und bearbeitet worden. Sie ist nun aus der Redaktion ausgeschieden und wir wünschen ihr an neuer Wirkungsstätte alles Gute.

Eine anregende Lektüre wünschen Ihnen



Benjamin Landes
(Direktor des ISS e.V.)



Anke Strube
(Verantwortliche Redakteurin)